

G-1

Titel Freiheit braucht Solidarität – Zum zukünftigen Umgang mit Corona

Antragsteller*innen

Adressat*innen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Freiheit braucht Solidarität – Zum zukünftigen Umgang mit Corona

- 1 Wir fordern die politisch verantwortlichen in Bund und Freistaat auf, weiterhin verantwortungsvoll mit der
2 aktuellen Situation der Corona-Pandemie umzugehen. Die Pandemie ist nicht zu Ende, auch wenn das die
3 Stimmung in der Bevölkerung suggeriert. Gleichzeitig erkennen wir an, dass sich die pandemische Lage ver-
4 ändert hat und dass auch die politischen Maßnahmen sich deshalb verändern müssen: Gerade auch in der
5 politischen Arbeit merken wir, dass Zusammenarbeit und Diskussionen von Angesicht zu Angesicht sich nicht
6 durch digitale Treffen ersetzen lassen. Dies gilt auch für viele andere Lebensbereiche. Gesellschaftliches Le-
7 ben muss wieder stattfinden. Damit das möglich ist, müssen aber bewährte Schutzmaßnahmen wie eine Mas-
8 kenpflicht, kostenfreie Testmöglichkeiten und eine Testpflicht sowie eine Impfpflicht politisch durchgesetzt
9 werden.
- 10 Damit schaffen wir die Grundlage für eine durchhaltbare Langfriststrategie, um mit der anhaltenden Gefahr
11 durch SARS-Cov-2 verantwortungsvoll umzugehen. Eine Überlastung des Gesundheitssystems und der kriti-
12 schen Infrastrukturen zu verhindern, ist nur ein Ziel öffentlicher Gesundheitspolitik sein: Es geht auch um den
13 Schutz individueller Gesundheit.
- 14 Auch, wenn eine solche Überlastung in Zukunft nicht mehr drohen sollte, muss die Minimierung der Krank-
15 heitslast in der Bevölkerung durch Eingrenzung von Infektionen und Reduktion der Krankheitsfolgen, wo es
16 doch zu Infektionen kommt, weiterhin staatliches Ziel bleiben. Außerdem muss die Möglichkeit der sicheren
17 Teilnahme am Alltag für vulnerable Personen und deren Kontakte jederzeit gegeben sein, denn diese leben
18 nicht nur in Pflege- und Altenheimen.
- 19 Hierzu ist es entscheidend, gezielt Schutzmaßnahmen in den Alltag zu integrieren, welche für das öffentli-
20 che Leben relativ eingriffsarm sind. Darüber hinaus muss eine Überwachung der Infektionszahlen und des
21 Auftretens von Varianten dauerhaft gegeben sein, um angemessen und präventiv auf neue Entwicklungen
22 reagieren zu können. und und Länder müssen dafür dauerhaft rechtliche Grundlage schaffen und die Finan-
23 zierung sicherstellen. Unter die genannten eingriffsärmeren Schutzmaßnahmen fallen insbesondere die fol-
24 genden:
- 25 Verbesserung der Raumlufthygiene
- 26 Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass eine Übertragung draußen deutlich
27 unwahrscheinlicher ist als in Innenräumen. Hieraus erwächst die Aufgabe, durch technische Lösungen wie
28 Belüftungssysteme und Luftfilter die Raumlufte in Innenräumen der im Außenbereich so weit wie möglich an-
29 zunähern. Es braucht hierzu verbindliche Vorgaben insbesondere für Innenräume, in denen sich für längere
30 Zeit viele Menschen gemeinsam aufhalten – zuvorderst Schulen, Kitas und der Arbeitsplatz.
- 31 Entsprechende Maßnahmen sind auch für andere Erkrankungen, die durch Aerosole übertragen werden eine
32 sinnvolle Investition und tragen somit langfristig zur Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung bei.

33 Das Tragen von (FFP2-)Masken

34 Masken, insbesondere FFP2-Masken, sind eines der einfachsten und zugleich wirksamsten Mittel, Übertragun-
35 gen zu verhindern. Sie schützen nicht nur den*die Träger*in, sondern vor allem auch andere. Daher sollte die
36 Maskenpflicht in Innenräumen (auch am Platz an Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz) bei hohen und
37 mittleren Ansteckungszahlen nicht aufgegeben werden und bei Bedarf leicht wieder einzuführen sein.

38 In bestimmten Bereichen muss darüber hinaus die Maskenpflicht mittelfristig beibehalten werden, hierzu zäh-
39 len Geschäfte des täglichen Bedarfs, der gesamte medizinische Bereich (auch Hausbesuche), ÖPNV und Fern-
40 verkehr, der öffentlich zugängliche Bereich von Ämtern und Behörden, und ähnliche Bereiche, deren Besuch
41 im Alltag zwingend erforderlich ist und wo sich entweder besonders viele Menschen aufhalten oder es zum
42 Kontakt mit besonders vulnerablen Menschen kommt. Über eine Aufhebung in diesen Kernbereichen darf nur
43 bei einer stabilen, sehr niedrigen Inzidenz nachgedacht werden. Entgegen der Erzählung vieler, stellt das ver-
44 pflichtende Tragen einer Maske in unserer Bewertung keinen erheblichen Eingriff in die Freiheit des Menschen
45 dar.

46 Schutzkonzepte am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas

47 Der Arbeitsplatz, Schulen und Kitas spielen eine wichtige Rolle im Infektionsgeschehen, da sich dort in der
48 Regel mehrere Menschen für längere Zeit gemeinsam in Innenräumen aufhalten. Gleichzeitig handelt es sich
49 um Bereiche, welche für das Funktionieren der Gesellschaft zentral sind und auch von den meisten vulnerablen
50 Personen und/oder deren Kontakten kaum gemieden werden können.

51 Daher bedarf es langfristiger Schutzkonzepte, welche sich am lokalen, regionalen und überregionalen Infekti-
52 onsgeschehen orientieren, sowie der schnellen Eindämmung von Ausbrüchen im jeweiligen Betrieb oder der
53 jeweiligen Einrichtung. Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz dürfen nicht von der Willkür des Arbeitgebers ab-
54 hängig sein, sondern müssen gesetzlichen Vorgaben folgen. Dazu gehören unter anderem Schutzwände aus
55 Plexiglas für stationäre Mitarbeiter*innen mit hohem Kund*innen-Kontakt, z. B. an Kassen und Informations-
56 schaltern, und die flächendeckende Bereitstellung von DesinfektionsmittelSpendern.

57 An Schulen und Kitas ist die zentrale Aufgabe, einen verlässlichen Betrieb zu gewährleisten, ohne dabei die
58 Gesundheit von Kindern, Jugendlichen, Lehrer*innen und Erzieher*innen und deren Familien in Gefahr zu
59 bringen. Hierzu braucht es klare Vorgaben, die tatsächlich geeignet sind, Infektionen zu verhindern, aber auch
60 ausreichend Flexibilität, um präventiv auf Ausbrüche in der jeweiligen Einrichtung reagieren zu können. Durch
61 flexible Bestuhlung der Klassenzimmer mithilfe von leichten Ein-Personen-Tischen können Mindestabstände
62 gewahrt werden. Sollte es zu Schließungen oder Quarantänen kommen, müssen Eltern unbürokratisch von
63 der Arbeit freigestellt werden und finanzielle Unterstützung erhalten können. Ziel muss jedoch sein, das In-
64 fektionsgeschehen nicht so weit eskalieren zu lassen, dass Schließungen notwendig werden.

65 Der einfache Zugang zu Antigen- und PCR-Tests

66 Tests sind ein wichtiges Instrument, um Infektionen frühzeitig zu erkennen, Behandlung zu ermöglichen, sowie
67 Infektionsketten zu unterbrechen. Die kostenlosen Schnelltests müssen daher bestehen bleiben, wobei eine
68 bessere Kontrolle der Qualität der Tests und der Durchführung zwingend notwendig ist. Außerdem müssen
69 PCR-Tests wieder breiter verfügbar sein, insbesondere müssen sie für Kontaktpersonen von Infizierten wieder
70 möglich sein. Hierzu sollte auch in kostengünstigere Alternativen wie die Gurgeltests in Österreich investiert
71 werden.

72 Zudem sind Testpflichten am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas bei hoher und mittlerer Inzidenz und bei Fällen
73 innerhalb des Betriebs/der Einrichtung notwendig, um Ausbrüche früh zu erkennen und reagieren zu können.
74 Regelmäßige PCR-Pool-Tests mehr als einmal wöchentlich müssen Standard an den Schulen werden. Geimpfte
75 und Genesene sollten davon nicht ausgenommen sein.

76 Isolation, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung

77 Die Isolation von Infizierten und die Quarantäne deren enger Kontakte sind ein wirksames Mittel der Eindäm-
78 mung von Infektionskrankheiten, welches nicht aufgegeben werden sollte. In Zeiten, in denen die Kontaktnach-
79 verfolgung durch die Gesundheitsämter aufgrund der hohen Anzahl an Infektionen schwierig bis unmöglich
80 ist, müssen digitale Lösungen wie die Corona-Warn-App ein stärkeres Gewicht erhalten, PCR-Tests ermöglicht
81 werden sowie ein unbürokratischer Zugang zu Entschädigungsleistungen gewährleistet sein.

82 Da Quarantänen für Kinder und Jugendliche besonders belastend sind, muss hier insbesondere bei weniger
83 intensivem Kontakt über Alternativen nachgedacht werden beispielsweise Kontakteinschränkungen und die
84 vorübergehende Teilnahme am Unterricht in Distanz, statt einem kompletten Verbot, die Wohnung zu ver-
85 lassen. Lösungen analog zur Arbeitsquarantäne, welche nur die Freizeit beschränken, aber weiterhin einen
86 Besuch der Schule in Präsenz vorsehen,

87 lehnen wir aufgrund der damit verbundenen psychischen Belastungen und weil in den Einrichtungen die meis-
88 ten Kontakte stattfinden ab.

89 Der wirksamste Weg, die Belastung durch Quarantäne und Isolation zu verringern, ist, das Infektionsgesche-
90 hen insgesamt zu verringern.

91 Erhöhung der Impfquote (auch global) und Weiterentwicklung der Impfstoffe

92 Impfungen haben in dieser Pandemie bereits zahlreiche Leben gerettet und sind ein zentrales Instrument, die
93 Krankheitslast zu reduzieren.

94 Wir fordern weiterhin die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren, darüber hinaus müssen drin-
95 gend mehr niedrigschwellige Impfangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, um auch dort die
96 Impfquote möglichst zu erhöhen. Impfstoffe müssen nicht nur in den reichsten Ländern für alle verfügbar sein,
97 sondern überall auf der Welt, daher fordern wir die Aufhebung der Patente und die bessere Unterstützung der
98 WHO dabei, Impfungen in der gesamten Welt verfügbar zu machen.

99 Die Bundesregierung unterstützt Schwellen- und Entwicklungsländer sowohl finanziell als auch

100 technisch beim Aufbau von Produktionslinien für Impfstoffe, sowie bei der Produktionsmittelbeschaf-
101 fung.

102 Betroffene öffentliche Forschungseinrichtungen, die Patenteinhaberinnen sind, werden hierbei angemessen
103 finanziell entschädigt. Um genug Impfstoff produzieren zu können um jedem Menschen auf dem Planeten
104 Impfschutz gegen Covid-19 zu ermöglichen fordern wir die

105 Vergesellschaftung der enormen Gewinne der Pharmakonzerne mit den Impfstoffen, deren Entwicklung nur
106 durch die mit öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung möglich wurde. Mit diesen finanziellen Mitteln kann
107 die dezentrale Produktion von Impfstoffen finanziert werden.

108 Die Omikron-Variante hat die Wirksamkeit der bisherigen Impfstoffe deutlich reduziert, mit weiteren
109 Immunflucht-Varianten ist zu rechnen. Daher muss in die Weiterentwicklung der Impfstoffe investiert werden
110 und die Erforschung neuer Impfstoffe, welche die Übertragung besser als bisher bremsen, gefördert werden.
111 Die Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit einer

112 Impfung, um sich vor schweren

113 Verläufen zu schützen, muss dringend weiter geführt werden.

114 Möglichkeiten des Lernens und Arbeitens in Distanz

115 Neben einem sicheren Präsenzbetrieb muss das Lernen in Distanz zukünftig für alle, bei denen eine medizini-
116 sche Indikation besteht wie z. B. ein eingeschränktes Immunsystem, ermöglicht werden.

117 Dafür ist der Aufbau digitaler Klassenzimmer auch über die Situation der Pandemie hinaus sinnvoll. Dazu
118 müssen sowohl die Klassenräume technisch ausgestattet werden, als auch im Sinne

119 der Lehrmittelfreiheit der Zugang zu angemessenen technischen Endgeräten für alle

120 Schüler*innen sichergestellt und gegebenenfalls unterstützt werden. So kann die soziale Anbindung und der
121 Unterricht fortgesetzt werden, wenn der physische Besuch der Schule aus gesundheitlichen Gründen über
122 längere Zeit hinweg nicht möglich ist.

123 Das Recht auf Home Office in der Arbeitswelt muss bestehen bleiben, denn neben den gesundheitlichen und
124 epidemiologischen Aspekten, bedeutet dies auch mehr Freiheit für die Arbeitnehmer*innen und ist daher als
125 ein Fortschritt zu sehen.

- 126 Darüber hinaus müssen auch an Schulen und Universitäten digitale Angebote als Alternative zur Präsenz dau-
127 erhaft etabliert werden, selbstverständlich ohne, dass diese von Lehrkräften, die voll im Präsenzbetrieb sind,
128 nebenbei in ihrer Freizeit organisiert werden müssen.
- 129 Dies darf jedoch keine Ausrede dafür sein, sich nicht um einen sicheren Präsenzbetrieb zu kümmern.
- 130 Weitere Erforschung und bessere Verfügbarkeit von Behandlungsmethoden
- 131 Um auch im Falle einer Infektion schwere Verläufe möglichst zu verhindern, muss der Bund in die weitere
132 Erforschung antiviraler Medikamente investieren sowie diese für alle, die sie benötigen, so schnell wie möglich
133 verfügbar machen.
- 134 Wenn über Behandlungsmethoden gesprochen wird, darf außerdem Long Covid nicht vergessen werden –
135 auch hierfür muss Geld für die Forschung zur Verfügung gestellt werden, Erkenntnisse aus der Vergangenheit,
136 insbesondere zur Krankheit ME/CFS, müssen dabei berücksichtigt werden. Da Long Covid oft zu längerer Ar-
137 beitsunfähigkeit oder sogar zu einer Berufsunfähigkeit führt, muss zudem die finanzielle Unterstützung der
138 Betroffenen und deren Familien sichergestellt werden.
- 139 Einer Stigmatisierung muss entgegengewirkt werden.

Antragsteller*innen

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: